

An die Börsen

Wie viel lassen wir uns Solidarität kosten? Und was genau tut eigentlich der Staat für seine Bürger?

Text: Julia Schneider Illustration: Dirk Schmidt

Private Solidarität

Die Deutschen sind nicht Spendenweltmeister: In der EU liegen sie auf Platz 9. Ganz vorn steht Schweden, Letzter ist Ungarn.

13 Prozent der 594 277 Vereine in Deutschland gehören zum Bereich Wohlfahrt und Soziales. Sportvereine stellen 38 Prozent.

10 Millionen Care-Pakete sind zwischen 1946 und 1960 in die Bundesrepublik ge-



sandt worden, allein drei Millionen nach (West-)Berlin. Jedes Paket enthielt unter anderem 4,25 Pfund Fleisch und je ein Pfund Rosinen und Schokolade.

Vor der Wiedervereinigung wurden jährlich 25 Millionen „Westpakete“ in die DDR geschickt. Hauptinhalt: Kaffee und Nylons. 18 Prozent des DDR-Kaffeeverbrauchs kamen mit der Post.

2006 spendeten 45 Prozent der Deutschen: im Westen 46, im Osten 39 Prozent.



13 Prozent der 14- bis 19-Jährigen spendeten im Jahr 2006.

Im Jahr 2006 wurden in Deutschland 1,972 Milliarden Euro von Privatleuten gespendet. Nicht eingerechnet sind hier Firmenspenden, Erbschaften oder Bußgelder.

Die Diakonie Katastrophenhilfe hatte im Jahr 2006 ein Spendenaufkommen von 9.514.003,89 Euro.

Im Jahr 2006 spendeten nur 13 Prozent der 14- bis 19-Jährigen, aber 62 Prozent der Menschen über 65 Jahre.

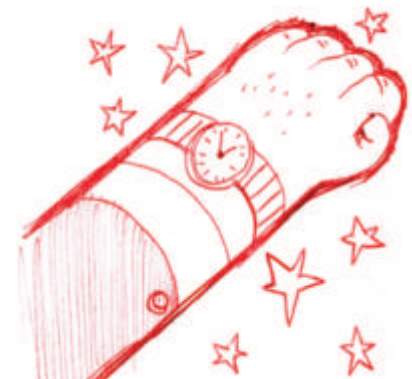


35 Prozent aller Spenden werden für Behinderten- und Krankenhilfe aufgewendet.

Die durchschnittliche Spendenhöhe lag von Mitte der Neunziger bis zur Jahrtausendwende bei rund 80 Euro, wuchs jedoch ab 2001 um 20 Prozent auf 101 Euro an und stieg bis zum Jahr 2006 auf rund 119 Euro.

Nicht nur Geld, auch Zeit wird gespendet: 36 Prozent der Deutschen engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, Schulen und Kindergärten oder in der Kirche.

Die höchsten Spenden machen die Deutschen über das Internet – pro Spende etwa



40 Euro. Bei der Haustürsammlung liegt der Durchschnitt bei 10 Euro. 58 Prozent des gesamten Spendenaufkommens werden online abgewickelt.

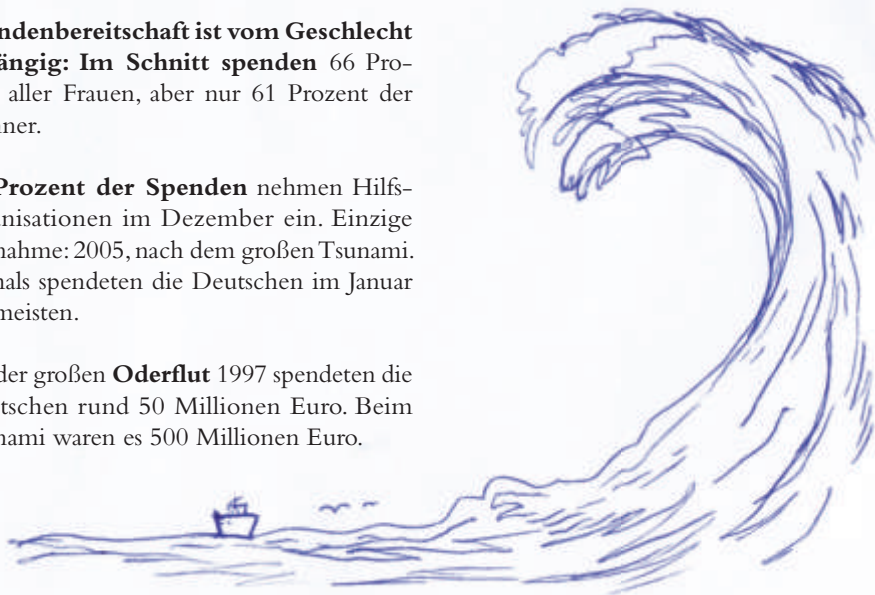
Die Zahl der Mädchen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) absolvieren, steigt jährlich an. 2006 waren es 30 000, einge-

rechnet sind hier aber auch Jungen, die sich das FSJ als Zivildienst anrechnen lassen.

Spendenbereitschaft ist vom Geschlecht abhängig: Im Schnitt spenden 66 Prozent aller Frauen, aber nur 61 Prozent der Männer.

20 Prozent der Spenden nehmen Hilfsorganisationen im Dezember ein. Einzige Ausnahme: 2005, nach dem großen Tsunami. Damals spendeten die Deutschen im Januar am meisten.

Bei der großen **Oderflut** 1997 spendeten die Deutschen rund 50 Millionen Euro. Beim Tsunami waren es 500 Millionen Euro.



Staatliche Solidarität

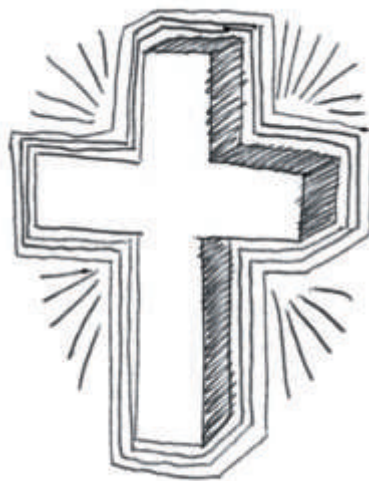


Soll der Staat auf Leistung setzen oder sein Wesen eher auf Solidarität ausrichten? 52 Prozent der Deutschen geben der Solidarität den Vorzug, 26 Prozent finden eine Gesellschaft, in der Leistung zählt, wichtiger.

70 Millionen Bundesbürger sind gesetzlich krankenversichert, 8,5 Millionen privat, etwa 400 000 haben keine Versicherung. Sie müssen zur Not per Gesetz behandelt werden.

Einnahmen des Bundes aus der Sozialversicherung 2006: 487,5 Milliarden Euro. Ausgaben im gleichen Zeitraum: 467 Milliarden Euro.

Die Evangelische Kirche rechnet für 2007 mit Kirchensteuereinnahmen von 3,85 Milliarden Euro, die Katholische Kirche nahm 2006 4,252 Milliarden ein. Kirchensteuerpflichtig sind alle Arbeitnehmer, es sei denn, sie sind aus der Kirche ausgetreten. Die Kirchensteuer beträgt in der Regel neun Prozent der Lohn- und Einkommenssteuer. Der Staat zieht das Geld ein und behält davon noch einmal etwa drei Prozent selbst.



Solidaritätszuschlag

5,5 Prozent der Einkommenssteuer – so viel zahlen Arbeitnehmer jeden Monat an Solidaritätszuschlag. 2007 waren das etwa 12,1 Milliarden Euro, seit seiner Einführung 1991 insgesamt rund 165 Milliarden Euro. Viel Geld, mit dem jeder Einzelne hilft, den Aufbau der neuen Bundesländer mitzufinanzieren: für neue Straßen, Sanierung der Häuser, aber auch, um das Rentensystem der ehemaligen DDR an das Westniveau anzupassen. Doch das Geld aus dem „Solizuschlag“ fließt gar nicht unbedingt zweckgebunden. Ursprünglich wurde er eingeführt, um die Neuverschuldung nach der Wiedervereinigung



gering zu halten. 1993 wurde der Beitrag für zwei Jahre ausgesetzt, danach wurden für ein Jahr 7,5 Prozent der Einkommenssteuer dafür eingezogen, seit 1998 ist es bei den 5,5 Prozent geblieben. Wie lange es die Steuer – die übrigens ost- wie westdeutsche Arbeitnehmer zahlen müssen – noch geben wird, ist offen, denn Politiker streiten nach wie vor über ihre Verwendung. Fest steht dagegen: Dank der steigenden Konjunktur haben wieder mehr Menschen Arbeit, die wiederum mehr Einkommenssteuer bezahlen – und damit auch mehr Solidaritätszuschlag.